



Heike Hänsel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Annette

Groth, Niema Movassat, Hans-Christian Ströbele, Sascha Raabe, Klaus Barthel,
Heidemarie Wieczorek-Zeul

Keine Wahlkampfhilfe für die paraguayische De facto-Regierung durch die Bundesregierung

Auf Einladung der Bundesregierung kommt der paraguayische Außenminister, José Felix Fernández Estigarribia, am 13. März nach Berlin. Die jetzige De Facto-Regierung Paraguays ging aus einem institutionellen Staatsstreich hervor und wurde als Folge dessen von der Mitgliedschaft bei MERCOSUR und UNASUR suspendiert und zum vergangenen EU-CELAC-Gipfel nach Santiago de Chile nicht eingeladen.

Die Umstände der Absetzung des demokratisch gewählten Präsidenten Fernando Lugo im vergangenen Jahr widersprechen jeglichen demokratischen Standards. Innerhalb von nur 24 Stunden wurde das Amtsenthebungsverfahren durchgesetzt – Präsident Lugo selbst bezeichnete es als „Express-Staatsstreich“.

Auslöser der Krise waren die Vorkommnisse am 15.6.2012 um die Besetzung des Landgutes Nr. 9 des Colorado-Politikers Blas N. Riquelme in Curuguaty im Departamento Canindeyú. Unter bis heute nicht geklärten Umständen kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, die 18 Todesopfer und Dutzende Verletzte zur Folge hatten. Unter den Toten waren 12 Bauern und 6 Polizisten. Nach Angaben von Bauernorganisationen eröffneten private Sicherheitskräfte der Finca das Feuer.

Paraguay ist nach Honduras bereits das zweite Land in Lateinamerika, in dem die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung die politischen Kräfte, die einen Staatsstreich durchgeführt haben, aktiv unterstützt hat. Das Treffen Westerwelles mit dem Außenminister der paraguayischen Schwester-Partei der FDP - Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA) - kurz vor den Präsidentschaftswahlen in Paraguay und obwohl die lateinamerikanischen Staaten ihre Haltung der Nicht-Anerkennung der jetzigen De Facto-Regierung beibehalten haben - legt den Verdacht der indirekten Wahlhilfe nahe. Bereits kurz nach der Absetzung Präsident Lugos im vergangenen Jahr hatte Entwicklungsminister Niebel, als erster europäischer Regierungsvertreter, der De Facto-Regierung in Paraguay einen ersten Besuch abgestattet, als noch völlig unklar war, ob die Vorgänge in Paraguay eine friedliche Lösung finden würden.

Darüber hinaus wird dem zur Zeit amtierenden Außenminister Jose Felix Fernández Landnahme zugunsten seiner Familie vorgeworfen. Paraguay ist eines der zehn Länder mit der größten Ungleichverteilung weltweit – die Konzentration des Landbesitzes in den Händen weniger ist ein zentrales Problem in dem gegenwärtigen sozialen Konflikt im Land.

Mit diesem Aufruf fordern wir die Bundesregierung auf:

- angesichts der Tatsache, dass die Einladung des paraguayischen Außenministers, José Felix Fernández Estigarribia zu diesem Zeitpunkt einen diplomatischen Eklat nach sich ziehen würde, öffentlich deutlich zu machen, dass Deutschland diese de facto-Regierung nicht als demokratisch anerkannte Regierung sondern einzig als Übergangsverwalter bis zu den Wahlen anerkennt. Die Bundesregierung wäre die erste europäische Regierung, die nach dem institutionellen Staatsstreich von 2012 einen Vertreter der illegitimen Regierung Paraguays empfangen würde. Sie muss deutlich machen, dass es sich nicht um eine rückwirkende Anerkennung handelt;
- durch eindeutige öffentliche Aussagen, der Legitimierung des institutionellen Staatsreiches von Juni 2012 in Paraguay keinen Vorschub zu leisten;
- die Entscheidungen von MERCOSUR, UNASUR und CELAC in Lateinamerika zu respektieren und nicht zu unterlaufen. Die drei Staatenbündnisse haben einhellig den



Heike Hänsel, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Ute Koczy, Annette

Groth, Niema Movassat, Hans-Christian Ströbele, Sascha Raabe, Klaus Barthel,
Heidemarie Wiczorek-Zeul

Verstoß gegen die verfassungsgemäße Ordnung in Paraguay verurteilt und das Land vorübergehend von der Mitgliedschaft in diesen Bündnissen ausgeschlossen. Paraguay

wurde auch zum vergangenen EU-CELAC-Gipfel nach Santiago de Chile nicht eingeladen;

- keine Aufwertung und Parteinahme für die Schwesterpartei der FDP fünf Wochen vor den Wahlen in Paraguay durch den Empfang des Außenministers zu leisten.

Thilo Hoppe

Heike Hänsel

Uwe Kekeritz

Ute Koczy

Niema Movassat

Annette Groth

Hans-Christian Ströbele

Sascha Raabe

Klaus Barthel

Heidemarie Wiczorek-Zeul